

Streitgespräch mit: Hannes Germann und Roland Müller

Während für den Ständerat Hannes Germann (SVP) die Fair-Food-Initiative zu höheren Preisen und Einkaufstourismus führt, sieht der Kantonsrat Roland Müller (Grüne) darin eine Chance, um ein Zeichen zu setzen.

Fair Food: Zu teuer oder das Essen der Zukunft?

Clarissa Rohrbach

Herr Germann, wollen Sie kein faires Essen auf Ihrem Teller?

Hannes Germann: Selbstverständlich möchte ich das und habe es auch bereits. Wenn ich mich als Konsument verantwortungsbewusst verhalte, ist gewährleistet, dass nachhaltig produzierte Lebensmittel auf den Teller kommen. Die Entscheidung liegt bei jedem Einzelnen. Dazu braucht es kein neues Gesetz. Es genügt eine klare Deklarationspflicht, damit man weiss, was man kauft. Bei Importprodukten gibt es noch viel Verbesserungspotenzial.

Herr Müller, der Konsument entscheidet selber. Ist es also überflüssig, die Nachhaltigkeit der Produkte in der Verfassung zu verankern?

Roland Müller: Mit der Fair-Food-Initiative wird das Angebot an nachhaltig produzierten Lebensmitteln vergrössert. Die Konsumenten haben dabei weiterhin die Wahl, was sie einkaufen wollen. Über das Gesetz können nur wenige importierte Produkte aus tierquälerischer Produktion verboten werden. Sonst haben die Leute eine grössere Palette an Lebensmitteln zur Auswahl, die sie mit gutem Gewissen geniessen können.

Die Schweizer Anforderungen an die Lebensmittel würden auch für Importprodukte gelten. Die Gegner meinen aber, dass diese mit dem WTO-Recht in Konflikt geraten.

Müller: Wir haben immer klar und deutlich gesagt, dass die Fair-Food-Initiative im Rahmen von bestehenden internationalen Verpflichtungen umgesetzt werden soll. Die Initiative zielt nicht darauf ab, Abkommen der WTO oder der Bilateralen zu gefährden. Das ist möglich.

Germann: Da muss ich widersprechen. Die Forderungen der Initiative kann man nicht WTO-konform umsetzen. Die Vorgaben sind klar. Man kann zum Beispiel bei Rückständen von Pflanzenschutzmitteln Auflagen machen, nicht aber bei den Arbeitsbedingungen wie Lohn und Arbeitszeiten, die weltweit stark variieren. Schreibt die Schweiz diese vor, entsteht ein Konflikt. Nicht nur mit der EU, sondern auch mit den 38 Ländern, mit denen wir Freihandelsverträge haben.

Herr Müller, wie soll denn diese WTO-konforme Umsetzung passieren?

Müller: Man kann zwar zwei Ananas nicht anders behandeln, aber man kann vergleichen, ob diese Ananas nachhaltig und sozial verträglich produziert wurden und diese dann fördern. Das ist gesetzeskonform. Wie das Ausführungsgesetz konkret aussieht, hängt schliesslich von Bundesrat und Parlament ab. Klar ist: Vor allem bei Importen muss etwas geschehen. Sogar die OECD hat kritisiert, dass die Nachhaltigkeit an der Schweizer Grenze viel zu wenig berücksichtigt wird.

Germann: Im WTO-Recht sind Produktionsmethoden kein Kriterium. Durch Zölle sind zwar Abstufungen möglich, doch es dürfen keine Diskriminierungen gemacht werden.

Würde das die Schweiz tun, wäre sie kein vertrauenswürdiger Partner. Die Schweiz hat betreffend Umweltschutz, Tierwohl und Löhne die höchsten Standards weltweit. Diese Errungenschaften wollen wir erhalten. Aber sie weltweit durchsetzen zu wollen, wäre eine Anmassung. Die Initiative gibt Ziele vor, die sie unmöglich einhalten kann.

Müller: Es freut mich natürlich sehr, dass die SVP sich so ums WTO-Recht kümmert. Es wäre gut, wenn sie auch bei anderen Vorlagen so sehr auf internationales Recht Rücksicht nehmen würde. Ich muss noch mal klarstellen: Uns ist die WTO-konforme Umsetzung ein grosses Anliegen. Die Initiative fordert kein Verbot von Importprodukten. Eine Lösung wäre, Zölle für nachhaltig produzierte Lebensmittel zu reduzieren und solche für tierquälerische Produktion zu erhöhen. Das lässt das Recht zu.

Germann: Die Aussagen der Initianten klingen verlockend. Doch schauen wir uns mal den Initiativtext an und vergleichen ihn mit der geltenden Verfassung. Diese enthält alles, was eine umweltschonende, tierfreundliche und faire Lebensmittelproduktion ermöglicht. Unbestimmte Rechtsbegriffe wie «fair» in die Verfassung zu schreiben, ist problematisch. Jeder versteht etwas anderes darunter.

Was wären denn die Konsequenzen, wenn die Schweiz mit internationalen Handelspartnern in Konflikt geriete?

Germann: Wir müssten mit Retorsionsmassnahmen rechnen, allenfalls mit Kündigung von Verträgen. Es gäbe sicher massive Konsequenzen für die Schweiz, denn wir verdienen jeden zweiten Franken im Ausland. Zudem sind wir gewohnt, Verträge einzuhalten.

Die Initianten haben im Abstimmungskampf ihre Meinung geändert. Plötzlich sagen sie, es müssten im Ausland keine Schweizer Standards gelten. Was stimmt jetzt?

Müller: Es war nie die Rede von Schweizer Standards, nur eine «gute» Qualität wird gefordert.

Germann: Im Initiativtext steht unmissverständlich: «Der Bund stellt sicher, dass eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse mindestens den Anforderungen nach Absatz 1 genügen.» Dort geht es um den Schweizer Standard. Wir stimmen über den Initiativtext ab, nicht über nachträgliche Interpretationen der Initianten.

Die Bauern fürchten die Konkurrenz aus dem Ausland, wenn Importprodukte plötzlich auch unseren hohen Anforderungen entsprechen. Ist ihre Angst berechtigt?



«Ich wehre mich dagegen, Importe von Nahrungsmitteln zu fördern. Die Initiative stellt ein Risiko für die Schweizer Bauern dar.»

**Hannes Germann
Contra Fair Food**

Hannes Germann ist seit 2002 Ständerat (SVP/SH). Der gelernte Primarlehrer studierte auf dem zweiten Bildungsweg Betriebsökonomie. Von 1997 bis 2000 war er Mitglied des Kantonsrats. Neben seiner politischen Tätigkeit sitzt er in verschiedenen Verwaltungsräten im Bankenbereich.

Germann: Ja. Die Schweizer Landwirtschaft würde ihr Alleinstellungsmerkmal als Grundlage für das hohe Preisniveau verlieren. Durch die noch höheren Anforderungen würden sich die Schweizer Produkte weiter verteuern. Gleichzeitig sollen Zölle für faire Produkte aus dem Ausland gesenkt werden. Ich wehre mich dagegen, Importe von Nahrungsmitteln zu fördern. Für die Bauern stellt somit die Initiative ein hohes Risiko dar.

Müller: Es ist nicht verboten, dass Schweizer Bauern eine noch bessere Qualität anbieten. Unsere Bauern könnten mit dem Bio-Label fahren, denn die Initiative fordert ja minimale, nicht maximale Standards. So kann sich unsere Landwirtschaft vom Ausland abheben. Auch mit der regionalen Verankerung können sich Bauern positionieren. Viele Leute kaufen ja auf dem Markt ein. Und letztlich macht auch eine klare Deklaration hiesige Lebensmittel attraktiver.

Die Schweiz müsste bei Importen sicherstellen, dass Lebensmittel nachhaltig produziert würden. Wie sollen diese Kontrollen im Ausland denn konkret stattfinden?

Müller: Es ist ein Fakt, dass die Schweiz, um sich zu ernähren, 50 Prozent ihrer Lebensmittel importieren muss. Deswegen ist es nur fair, bei Importprodukten die gleichen Standards anzuwenden und zu kontrollieren, ob diese eingehalten werden. Es gibt jetzt schon Mechanismen, um die Qualität im Ausland zu kontrollieren. Verschiedene Labels wenden diese an. Es wird nicht zu einem bürokratischen Mehraufwand kommen, wie die Gegner behaupten. Es ist absolut machbar.

Germann: Staatliche Kontrolleure, die in China, in Indonesien oder in Argentinien Schweizer Standards sicherstellen? So etwas kann doch nicht funktionieren. Da sollten wir nicht blauäugig sein.



Fair-Food-Initiative

Der Bund soll sicherstellen, dass die Lebensmittel in der Schweiz umweltschonend, tierfreundlich und fair hergestellt werden. Diese Anforderungen gelten auch für importierte Produkte. Die Förderungen von nachhaltigen Produkten aus dem Ausland sollen durch Einfuhrzölle reguliert werden. Ausserdem sollen Lebensmittelverschwendung und die CO₂-Emissionen beim Transport reduziert werden.

Geht es nach der Fair-Food-Initiative, sollen Lebensmittel Tieren, der Umwelt und den Menschen nicht mehr schaden. BILD KEY

Laut Economiesuisse werden die Preise um 50 Prozent steigen. Wie sollen Leute mit niedrigerem Einkommen dies verkraften?

Germann: Höhere Auflagen führen zu höheren Preisen, das ist die Logik des Marktes. Wenn wir alle Produkte auf Bio-Standards hochfahren, wird es zu einer Verteuerung kommen. Es gibt zwar Konsumenten für diese Brands, aber auch viele andere, die sich diese Standards nicht leisten können. Der Einkaufstourismus würde somit weiter angekurbelt, was für einen Grenzkanon wie Schaffhausen besonders problematisch wäre.

Müller: Es ist wichtig, dass auch Leute mit kleinem Einkommen nachhaltiges Essen konsumieren können. Wenn mehr solche Produkte auf dem Markt sind, sinken auch die Preise. Ausserdem gibt es verschiedene Möglichkeiten, um die Preise zu reduzieren. Zum Beispiel beim Thema Food Waste, welches auch ein Anliegen der Initiative ist. Man könnte zum Beispiel Früchte und Gemüse, welche dieser Norm nicht entsprechen, auch verkaufen. Wenn man weniger wegwirft, hat man mehr Angebot und niedrigere Preise. Man könnte auch die Marge des Handels verkleinern, sodass der Produzent einen fairen Lohn bekommt und die Konsumenten weniger bezahlen. Auch durch eine Reduktion der Transportkosten, also indem man regionale Produkte verkauft, werden die Preise niedriger.

Germann: Die Initiative widerspricht sich. Sie will die Emissionen auf den Transporten reduzieren. Da müsste man konsequenterweise alle Produkte, die per Luft oder Dieselfrachter ins Land kommen, verbieten. Eigentlich wollen wir alle auf regionale Produkte setzen. Stattdessen begünstigt man nun die importierten Lebensmittel. Das darf doch nicht sein.

Herr Germann, wie so oft schreit die Wirtschaft mit dem Totschlagargument auf, alles werde teurer. Ist das nicht Panikmacheerei?

Germann: Nein, überhaupt nicht, es ist realistisch. Weil auch verarbeitete Produkte erfasst werden, sind nebst der Exportwirtschaft besonders Arbeitsplätze in der verarbeitenden Nahrungsmittelindustrie gefährdet. Arbeitsplätze liegen mir mehr am Herzen als irgendwelche globale Weltverbesserungsversuche auf Kosten der Schweiz.

Ein Schlusswort?

Germann: Die Initiative hat viel Gutgemeintes, ich stimme mit vielem überein, aber sie ist der falsche Weg. Denn sie macht Versprechungen, die sie nicht einhalten kann. Ausserdem ist sie überflüssig. Bereits vor einem Jahr hat das Volk mit 79 Prozent den Artikel 104a als Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheit angenommen. Der Artikel ist noch nicht einmal umgesetzt, und schon kommt eine neue Initiative, die alles verändert. Der Bund hat bereits alles, was für die Förderung von nachhaltiger, naturnaher und tierfreundlicher Produktion notwendig ist.

Müller: Mit der Umsetzung der Initiative kann die Schweiz zeigen, dass es möglich ist, faire Produktion im Handel zu etablieren. Fair Food fördert nachhaltig produzierte Lebensmittel, indem sie ihnen einen Marktanteil verschafft. Das ist gerade für Schweizer Lebensmittelverarbeiter eine grosse Chance, denn diese setzen ohnehin schon auf Qualität, um wettbewerbsfähig zu sein. Sie haben mit Fair-Food bessere Karten als ohne die Initiative. Wir könnten international ein Signal setzen als Vorreiter. Es ist der richtige Weg, um umweltschonende, tierfreundliche und faire Lebensmittel zu fördern.

«Die Schweiz könnte international ein Signal setzen als Vorreiter. Es ist der richtige Weg, um nachhaltig produzierte Lebensmittel zu fördern.»

**Roland Müller
Pro Fair Food**

Roland Müller ist seit 2017 Kantonsrat und Co-Präsident der Grünen Schaffhausen. Der gelernte Fachlehrer für Polygrafie vertritt die Fachschulen in der Berufs- und Qualitätsentwicklungskommission für Polygrafie in Bern. Er sitzt auch in der Geschäftsleitung des Tischtennisclubs Neuhausen.

